Die ersten Jahre sind entscheidend

Die Soziologin Jutta Allmendinger über die Nachteile des Betreuungsgelds, Rabenmütter und sinnvolle Instrumente der Familienpolitik

Interview: Ulrike Heidenreich

Jutta Allmendinger, 56, gilt als eine der führenden Soziologinnen Deutschlands. Seit 2007 ist sie Präsidentin des Wirtschaftszentrums Berlin für Sozialforschung. Zudem ist sie Professorin für Bildungssoziologie und Arbeitsmarktforschung an der Humboldt-Universität in Berlin sowie für Soziologie an der Freien Universität Berlin.

» Wir wissen, wie entscheidend die ersten Jahre sind: für die kognitiven, sozialen, emotionalen Kompetenzen eines Kindes, für das Selbstwertgefühl und die Achtung anderer. Die frühe Förderung fällt mehr ins Gewicht als eine gute Schule, als eine gute Ausbildung - in der frühen Erziehung werden die Grundlagen für das ganze Leben gelegt. Wir müssen ja auch sehen, dass die meisten Kinder heute nur noch wenige Geschwister haben und ihre Eltern meist älter als früher sind. (...) Betriebe müssen Führung in Teilzeit ermöglichen, mehr Teamarbeit zulassen. Wir brauchen Lebenszeitkonten, mit Zeiten ohne oder einer geringen Erwerbsarbeit und Phasen mit einer hohen Erwerbsarbeitszeit. Und wir müssen uns von all dem verabschieden, was heute als Schablone eines Normallebensverlaufs gilt: 45 Jahre in Vollzeit, ohne Unterbrechung.«

Quelle Süddeutsche Zeitung
Datum Samstag, den 13. Juli 2013
Seite 6

SZ: Die Debatte um die richtige Kinderbetreuung wurde mit sehr harten Bandagen geführt. Frauen werden als Glucken oder als Rabenmütter geschmäht.

Jutta Allmendinger: Raben sind sehr intelligente und soziale Tiere. Wir können stolz sein, wenn Mütter und Väter Raben sind. Im Ernst: Die Kinder von den geschmähten Rabenmüttern sind keine emotional oder sozial vernachlässigten Kinder. Es geht ihnen gut. Und oft besser als den Kindern von Glucken. Frauen dürfen sich da nicht verunsichern lassen.

Ministerin Kristina Schröder erklärt die Debatte nun für beendet und feiert ihre Familienpolitik: Eltern könnten von August an frei wählen, wie sie ihr Kind betreuen lassen. Hat sie recht?

Das sehe ich anders. Früher verstand man unter Wahlfreiheit, dass Frauen neben der Erziehung der Kinder und der Hausarbeit auch erwerbstätig sein können. Heute geht es darum, dass sie neben der Erwerbstätigkeit auch Zeit für Kinder und Familie haben. Die Erwerbsarbeit wird als gegeben gesetzt. Deutlich wird das an der Reform des Unterhaltsrechts oder bei Hartz IV. Diese Änderungen sind machtvoll, da die Zahl der Scheidungen zugenommen hat und immer mehr Frauen allein erziehen.

Wie hat sich die Diskussion über die richtige Betreuung auf die Gesellschaft ausgewirkt?

Es hat die Menschen verunsichert. Eine gute, kindergerechte Erziehung in Kitas unterstützt die Entwicklung der Kinder, ermöglicht die Erwerbstätigkeit der Eltern und schützt damit auch vor Armut. Das Betreuungsgeld gibt Anreize, die Kinder daheim zu betreuen und die Erwerbstätigkeit lange zu unterbrechen. Es gefährdet damit insbesondere die eigenständige Absicherung von Frauen. Die Politik unterstützt damit zwei gegensätzliche Richtungen. Zudem wird der Schnitt zwischen bezahlter und unbezahlter Zeit immer unklarer. Kindererziehung ist bis zum 1. August eine unbezahlte Tätigkeit. Danach erhält man ein Betreuungsgeld. Erziehung wird damit der Erwerbsarbeit gleichgestellt - auf einem ganz, ganz niedrigen Niveau.

Mit dem Elterngeld wird doch bereits eine Auszeit für die Kinder unterstützt.

Das ist richtig. Das Elterngeld bezieht ein Elternteil allerdings für maximal ein Jahr. Und es ist deutlich höher als das Betreuungsgeld. Je nach bisherigem Einkommen reicht es von 300 bis 1800 Euro im Monat. Das Betreuungsgeld liegt bei 100 Euro, das sind etwas mehr als drei Euro am Tag.

Das Betreuungsgeld ist ja eher als symbolische Anerkennung gedacht.

Eine fatale und zynische Symbolik. Wenn man das Betreuungsgeld so deutet, zeigt es doch nur, dass die Betreuung von Kindern nicht anerkannt wird und nichts wert ist.

Was erstaunt: In der gesamten Debatte spielt das Wohl des Kindes so gut wie keine Rolle.

Das sehe ich auch so. Familienpolitik ist ein großes und zentrales Politikfeld. Es geht um das Wohl von Kindern, um deren Bildung, um die Arbeitsmarktchancen der Eltern, um eine präventive Sozialpolitik. Gerade deshalb sind qualitativ gute Kitas so notwendig.

Und nun geschieht das Gegenteil: Um den Rechtsanspruch auf einen Platz möglich zu machen, wurden jede Menge Vorschriften für den Bau der Kitas gelockert. Welchen Sinn ergibt das?

Der Rechtsanspruch ist ein wichtiger Schritt, und es ist gut, dass mehr Krippen gebaut worden sind. Nicht nachvollziehbar sind die Lockerung von Qualitätsanforderungen sowie die nach wie vor niedrige Bezahlung und oft fehlende soziale Anerkennung der Erzieherinnen und Erzieher. Wir brauchen eine bessere Bezahlung von Erziehung und deutschlandweit einheitliche Qualitätsstandards für Kindertagesstätten.

Mehr Geld und bessere Qualität sind immer gut. Aber warum ist das hier so wichtig?

Wir wissen, wie entscheidend die ersten Jahre sind: für die kognitiven, sozialen, emotionalen Kompetenzen eines Kindes, für das Selbstwertgefühl und die Achtung anderer. Die frühe Förderung fällt mehr ins Gewicht als eine gute Schule, als eine gute Ausbildung - in der frühen Erziehung werden die Grundlagen für das ganze Leben gelegt. Wir müssen ja auch sehen, dass die meisten Kinder heute nur noch wenige Geschwister haben und ihre Eltern meist älter als früher sind.

Der deutsche Staat gibt pro Jahr etwa 200 Milliarden Euro für Familien aus. Ein Rekord im Vergleich zu den europäischen Nachbarländern. Trotzdem sagen Sie, die Politik funktioniert nicht. Warum?

Für eine gute Familienpolitik ist entscheidend, dass die Anreize in die gleiche Richtung gehen. Das ist hier nicht so. Wir haben keine geschlossene Kinder-, Bildungs-, Familien-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Es fehlt eine Systematik, wie es sie in den meisten anderen Länder gibt; dass ein Anreiz auf dem anderen aufbaut. In Deutschland ist es eher wie bei Buridans Esel. Der steht zwischen zwei gleich großen und gleich weit entfernten Heuhaufen. Er verhungert, weil er sich nicht entscheiden kann, von welchem er fressen soll.

Es gibt hierzulande mit dem Betreuungsgeld bald 157 familienpolitische Leistungen. Also 157 Heuhaufen?

Ganz so schlimm ist es nicht. Wir haben einen Heuhaufen für Maßnahmen, die Mütter zu Hause und später in knapper Teilzeit halten. Und wir haben einen Heuhaufen, der Mütter relativ früh zurück in die Erwerbstätigkeit bringt und eine niedrige Vollzeiterwerbstätigkeit erlaubt. Jeder Heuhaufen bietet Anreize. Aber bei jedem müsste ich als junge Frau in eine andere Richtung gehen. Es ist schon absurd: Wie kann die Politik das Betreuungsgeld einführen, wenn es Kitas fördert? Gleichzeitig werden Betriebe ermuntert, mehr für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu tun.

Ein großer Haufen wäre besser?

Ein großer Heuhaufen ist wichtiger als viele kleine. Wenn die Politik die eigenständige Sicherung von Frauen und Männern fordert, so muss sie in die gute Infrastruktur für Kinder investieren. In gute vorschulische Einrichtungen und in gute Schulen, die bis in den Nachmittag reichen. Die Schule stresst zunehmend Eltern und Kinder und verdirbt oft die freie Familienzeit.

Tatsächlich bedeuten Kind und Karriere in Deutschland bis heute meist: Kind oder Karriere. Sie selber haben einen Sohn. Wie haben Sie beides zusammengebracht?

Ich habe in Harvard studiert und hatte viele Professorinnen, die ihre Säuglinge mit an die Universität brachten. Überhaupt war die Familie am Arbeitsplatz sehr präsent. Bei uns dagegen ist hauptsächlich die Arbeit in der Familie allgegenwärtig. Ich hatte damals auch viele Kommilitonen, die bereits Kinder hatten. Zwischen Bachelor und Master hatten die Mütter eine Auszeit genommen. In Deutschland ist das kaum denkbar, hier muss es Schlag auf Schlag gehen: Man

macht den Bachelor, dann sofort den Master, später vielleicht ist eine Familie drin. Dabei ist ein Studium mit Kind eigentlich optimal und wird heute durch viele Maßnahmen von den Hochschulen auch unterstützt.

Das, was Sie beschreiben, klingt sehr idealistisch. Jedenfalls ist es kaum denkbar, dass eine Mutter oder ein Vater das Kind mit ins Amt oder an die Supermarktkasse nimmt. Welche Relevanz haben Ihre Erfahrungen denn für das Gros der Gesellschaft?

Fassen wir meine Erfahrungen in zwei Stichworte: Entschleunigung und ein gleichberechtigtes Miteinander der Lebensräume. Hieraus kann man lernen: Angesichts der gestiegenen Lebenserwartung sollten wir die Schulzeit nicht weiter verkürzen, auf das Auslandsjahr nicht verzichten, das soziale Jahr nicht streichen, die Studienzeiten nicht komprimieren und nicht bis in die Puppen arbeiten. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bekommen wir nur dann hin, wenn wir beides im Blick haben und beides schützen.

Ihr Institut hat mehr als 300 Mitarbeiter. Wie gehen Sie dort mit der Frage von Kind und Karriere um?

Uns allen ist das Thema sehr wichtig. Wir gehen Wege, die viele andere Unternehmen auch gehen: Wir sprechen bereits bei den Vorstellungsgesprächen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf offen an, und machen deutlich, dass Kinder willkommen sind. Das gilt auch für Zeiten der Pflege von Eltern und Großeltern oder ganz anderen Unterbrechungen, etwa für Weiterbildung. Man sollte über diese wichtigen Themen nicht schweigen. Intransparenz verunsichert junge Menschen.

Abseits Ihres Instituts: Wie kann berufstätigen Müttern und Vätern am besten geholfen werden?

Es ist im Allgemeinen hilfreich, wenn junge Mütter und Väter auch in der Elternzeit in Kontakt zu ihren Arbeitgebern bleiben, einmal im Monat mit ihren Kindern vorbeischauen, erfahren, wie sich die Dinge entwickeln. Später hilft es, Eltern-Kind-Zimmer zu haben, damit sich die jungen Väter und Mütter mit ihren Kindern auch mal zurückziehen können. Eine Notfallbetreuung ist ebenfalls wichtig, etwa in Form von Belegplätzen in nahegelegenen Kindertagesstätten. Auch Besprechungszeiten müssen familiengerecht gelegt werden. Wo möglich, sollte man Arbeitszeiten flexibel schneiden und keinesfalls auf lange Anwesenheit setzen. Diese sind oft allemal unproduktiv.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird immer noch vor allem den Frauen aufgebürdet. Um das zu ändern, schlagen Sie vor, die Arbeitszeit in der Familie umzuverteilen. Wie soll das funktionieren?

Das Problem besteht darin, dass die kurzen Erwerbsarbeitszeiten von Frauen ein ganzes Leben lang weitergeführt werden müssen. Einmal Teilzeit, immer Teilzeit, das zeigt die Forschung. Und wir sehen auch, dass Frauen häufig längere und Männer häufig kürzere Arbeitszeiten wünschen. Ein Ansatzpunkt besteht folglich darin, die Arbeitszeit zwischen Frauen und Männern umzuverteilen. Dies umfasst die bezahlte Erwerbsarbeit wie die unbezahlte Familienarbeit. Viele nachgelagerte Diskussionen hätten wir dann weitgehend vom Tisch: die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen, die Altersarmut von Frauen, Frühverrentung und Burn-out-Symptome.

Warum sollten die Arbeitgeber da mitmachen?

Mit einer neuen Normalarbeitszeit von 32 bis 34 Stunden würde das Arbeitsvolumen insgesamt nicht zurückgehen, es würde nur umverteilt. Die Wirtschaft würde die Qualifikationen und die Innovationskraft der Frauen stärker nutzen. Auch die Produktivität von Männern würde zunehmen. Sie sagen ja jetzt schon: Wir wollen arbeiten, wir wollen Karriere machen, aber nicht mehr zu den Bedingungen unserer Väter.

Das würde vermutlich auch vielen Beziehungen helfen.

Bevor das Kind da ist, wird oft noch viel von Gleichberechtigung gesprochen. Ist es dann da, ist das oft vorbei. Auch das Risiko der Altersarmut von Frauen würde geringer. Denn mit Teilzeit kann man ja kein ausreichendes Renteneinkommen erreichen. In den Familien würde es friedlicher zugehen.

Eine wunderbare Welt, die Sie da zeichnen. Warum wird sie nicht Realität?

Wir lassen uns zu viel Zeit. Die Betriebe müssen Führung in Teilzeit ermöglichen, mehr Teamarbeit zulassen. Wir brauchen Lebenszeitkonten, da ich die 32- bis 34- Stunden-Woche ja auf einen

ganzen Lebensverlauf ausgelegt habe, mit Zeiten ohne oder einer geringen Erwerbsarbeit und Phasen mit einer hohen Erwerbsarbeitszeit. Und wir müssen uns von all dem verabschieden, was heute als Schablone eines Normallebensverlaufs gilt: 45 Jahre in Vollzeit, ohne Unterbrechung.

Quelle Süddeutsche Zeitung
Datum Samstag, den 13. Juli 2013
Seite 6